

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den "Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erste Ausgabe: Die einseitige Seite über deren Raum 18 Flg., die Reklameseite 48 Flg. Bei Abdruck erteilt die Redaktion keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei postl. Einzahl. od. Kontoführ. hinw. Erklärungsart. Altensteig, Gerichtshaus Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 18 Flg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 50

Altensteig, Montag den 2. März 1931

54. Jahrgang

Die Wahlen in Braunschweig

Weiteres Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen

Braunschweig, 1. März. Die Kommunalwahl im Lande Braunschweig ist, soweit sich bis zum frühen Nachmittag übersehen läßt, ruhig verlaufen. Von Zwischenfällen liegen keine Nachrichten vor. Am Vormittag setzte in der Stadt Braunschweig die Wahlbeteiligung nur langsam ein und wurde erst am Mittag und Nachmittag kräftiger. Die Beteiligung von 52 Prozent bei der Landtagswahl am 14. September dürfte kaum erreicht werden. Aus dem Lande wird verschiedentlich gute Beteiligung gemeldet. Zum Teil waren bis nachmittags um Uhr 70-80 Prozent der Wähler erschienen.

Bei der Wahl hatten von 115 560 Wahlberechtigten 97 124 das Wahlrecht ausgeübt. Das bedeutet eine 84-prozentige Wahlbeteiligung.

Die Berliner Morgenblätter zu den Braunschweigischen Wahlen
Berlin, 2. März. Das Ergebnis der braunschweigischen Wahlen wird von den Berliner Morgenblättern fast übereinstimmend dahin gekennzeichnet, daß die Sozialdemokraten ebenso wie das Bürgertum verloren, die Kommunisten und die Nationalsozialisten aber eine Zunahme zu verzeichnen haben, wobei von der „Montagspost“ und dem „Montag Morgen“ besonders die Tatsache unterstrichen wird, daß die Nationalsozialisten auf dem Lande im Gegensatz zur Stadt Braunschweig Verluste erlitten haben.

An dem Zuwachs der nationalsozialistischen Stimmen und an die unter Berücksichtigung der geringeren Wahlbeteiligung im allgemeinen etwa gleichbleibende Stimmenzahl der Deutschen inläßlich der „Montag“ die Folgerung, daß die Parteien, die durch den Auszug aus dem Reichstag dem Kabinett Brüning den Kampf angejagt haben, in dem Urteil der Wähler von Braunschweig die Richtigkeit ihrer Politik erhalten haben. Das Blatt betont den sehr starken Verlust der Mittelpartei in Braunschweig, der fast 50 Prozent gegenüber der Wahl vom 14. September betrage und nicht der Staatspartei insbesondere die Verantwortung dafür zu, daß in der neuen Stadtverordnetenversammlung von Braunschweig 17 antimarxistische Vertreter 18 Sozialdemokraten und Kommunisten gegenüberstehen. Wären die 1400 Stimmen der Deutschen Staatspartei nicht einfach ausgefallen, sondern den anderen bürgerlichen Parteien zugute gekommen, wäre nach der Behauptung des Blattes eine sichere antimarxistische Mehrheit vorhanden gewesen. Unter den jetzigen Umständen, nämlich der „Montag“ seine Betrachtungen, wird in der braunschweigischen Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheitsbildung überhaupt nicht möglich sein.

Die „Montagspost“ weist darauf hin, daß die von den Nationalsozialisten propagierte Zerstückelung der marxistischen Front nicht gelungen ist, daß vielmehr die bürgerliche Front geschlagen erscheint.

besucht aber doch annähernd die der früheren Messen erreichen. Besonders stark dürfte diesmal der Besuch aus England sein, da in den letzten Tagen die Kanaldampfer überfüllt waren. Die Zahl der amerikanischen Einkäufer wird auf 1200 geschätzt. Aus England sind vier Sonderzüge eingetroffen, aus Frankreich drei und auf die meisten anderen Länder kommt mindestens ein solcher Sonderzug.

Die Wünsche des Reichspräsidenten für die Leipziger Messe

Berlin, 1. März. Reichspräsident v. Hindenburg hat an das Reichamt zum Eröffnungstage der Leipziger Messe folgendes Telegramm gerichtet: Am Erfolg der Leipziger Frühjahrsmesse, die in eine Zeit schwerer wirtschaftlicher Not fällt, nehmen alle Kreise des deutschen Vaterlandes dieses Mal besonderen Anteil. Möge die diesjährige Frühjahrsmesse unserer Industrie und unserem Handel im In- und Auslande neuen Absatz verschaffen und dadurch tausenden deutscher Arbeiter Beschäftigung und Verdienst bringen. v. Hindenburg, Reichspräsident.

Stegerwald-Nede

Berlin, 28. Febr. Im Haushaltsausschuß des Reichstages nahm Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald das Wort zu drei großen Fragen: Zur Arbeitslosenfrage, zur Frage der amtlichen Lohnpolitik und des Schlichtungswesens und zur gegenwärtigen Verfassung der gesetzlichen Sozialversicherung.

Der Minister vertrat sich zunächst über die Sonderfragen der deutschen Wirtschaftspolitik. Ein Arbeitsmittel für die Bekämpfung der gegenwärtigen Krise gibt es weder in Deutschland, noch in Europa, noch in der Welt. Es sind von verschiedenen Seiten die verschiedensten Vorschläge gemacht worden. Die preussische Regierung hat vorgeschlagen, ein großes Restorationsprogramm aufzustellen, das neue Schulhäuser einzuführen und eine gezielte Vorarbeit zu leisten, daß weitere Arbeiterentlassungen nur dann vorgenommen werden dürfen, wenn eine entsprechende Arbeitszeiterfüllung durchzuführen sei. Wieder andere versprechen sich viel von der Arbeitsdienstpflicht. Der Reichsfinanzminister hat vor kurzem die Frage aufgeworfen, ob nicht einige für die Gesamtwirtschaft besonders wichtige Industrien dadurch belebt werden könnten, daß ihnen aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung oder der Krisenfürsorge Veranlassungen eingeräumt werden sollten, wenn sie mehr Arbeiter einstellen. Von gewerkschaftlicher Seite ist vorgeschlagen worden, die Arbeitszeit vorübergehend auf 42 Stunden oder 40 Stunden zu verkürzen bzw. die 5 Tage-Woche einzuführen. Alle diese Vorschläge enthalten einen gewissen Kern. Aber meines Erachtens ist generell keiner durchzuführen. Am umfassendsten geht meiner Überzeugung das Sanierungsprogramm der Reichsregierung an die Dinge heran. Sein Ziel ist, unter allen Umständen Ordnung in die Finanzen der öffentlichen Hand zu bringen, Sicherheit und Vertrauen und damit die Grundlage für eine konsolidierte Kreditpolitik zu schaffen.

Der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes hat zweifellos vieles für sich. Für die Pläne, die der Reichsfinanzminister ventilierte, kommen in der Hauptsache Kohlen, Eisen, Schiffbau und Reichsbahn in Frage. Im ganzen erheben sich grundsätzliche Bedenken, die gegen jede Sonderunterstützung einzelner Wirtschaftszweige aus öffentlichen Mitteln bestehen. Wenn überhaupt, so dürfen Subventionen nur in den seltensten Ausnahmefällen vertretbar sein. Ich kann nicht so optimistisch sein, zu glauben, daß eine schematische Arbeitszeiterfüllung in der komplizierten deutschen Volkswirtschaft viel erreichen kann, und daß man ohne Wiederproduktion den Lebensstandard des deutschen Volkes auch recht erhalten kann. Das ist aber nicht mein letztes Wort über die Arbeitszeiterfüllung. Führen andere Mittel nicht zum Ziele, dann muß man trotzdem zu einer Arbeitsförderung und zu einer Arbeitszeiterfüllung gelangen. Denn es ist meines Erachtens für uns nicht erträglich, im ganzen Jahre 1931 vier und mehr Millionen Menschen auf der Straße zu haben. Alle von mir aufgeworfenen Fragen zum Arbeitslosenproblem werden zur Zeit von der von der Regierung einberufenen Gutachterkommission behandelt.

Ueber die deutsche amtliche Lohnpolitik berührt mich immer große Verwirrung. Dabei verwickeln sich beide Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, in große Widersprüche. Nach der volkswirtschaftlich-praktischen Seite hin stand die Reichsregierung im September 1930 vor der Frage, was ist bei unserer Gesamtlage gegenwärtig das Primäre? Die Senkung der Gehaltsbestandteile oder die Einführung einer verkürzten Normalarbeitszeit. Die Reichsregierung sah aus außen- und innenpolitischen Gründen die Senkung der Gehaltsbestandteile als das Primäre an. Dabei konnte keine Regierung, möchte sie ausgeben wie sie wollte, an der Lohnfrage vorbeigehen. Bei der Erörterung dieser Frage halte ich sowohl das Verhalten auf die Kaufkrafttheorie als auch eine allgemeine Lohnkürzung von 20-25 Prozent für falsch. Die Kaufkrafttheorie hat nicht verhindert, daß es auch in Amerika zu einem wirtschaftlichen und in Australien zu einem finanziellen Zusammenbruch kam. Andererseits ist bei der wirtschaftlichen Ge-

Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Braunschweig

Braunschweig, 1. März. Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Braunschweig ist folgendes: Sozialdemokraten 37 672 (1928: 44 803), Nationalsozialisten 27 040 (3814), Kommunisten 12 236 (4324), Deutsche Staatspartei 1427, Reichspartei der nationalen Mitte 154, Mittelstandliste 6200, Deutschnationale 4471, Nationale Einheitsliste 7924. Bei der letzten Reichstagswahl 1930 erhielten: Sozialdemokraten 41 621, Nationalsozialisten 25 252, Kommunisten 8828, Deutsche Staatspartei 2968, Deutschnationale 4993.

Die Verteilung der Sitze

Die Sitze in der neuen Stadtverordnetenversammlung verteilen sich nach vorläufiger Errechnung wie folgt: 14 Sozialdemokraten, 10 Nationalsozialisten, 4 Kommunisten, zusammen 7 Sitze der Mittelstandliste, der Deutschnationalen und der Nationalen Einheitsliste. Das Stimmverhältnis ist also 18 Sitze zu 17 Sitzen.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatten Sozialdemokraten 19, Kommunisten 1, Demokraten 1 Sitz, Nationalsozialisten 1 Sitz, Volkspartei 1 und die bürgerliche Einheitsliste 12 Sitze.

Das Ermächtigungs-Gesetz

Das neue Ermächtigungsgesetz, das der Reichsernährungsminister am Freitag vertraulich im Reichsrat erörtert hat und das dem Reichsrat mit der Begründung zugegangen ist, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle dringender wirtschaftlicher Bedürfnisse die Einfuhrzölle für einzelne Waren abweichend von den geltenden Vorschriften zu regeln und zweiseitige Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten anzuwenden. Diese Ermächtigung gilt bis 31. März 1932.

§ 2. Die Reichsregierung ist verpflichtet, den Wortlaut der Wirtschaftsabkommen später dem Reichstag vorzulegen. Diese Abkommen sind auf Verlangen des Reichstages wieder außer Kraft zu setzen.

Da auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes theoretisch auch die Möglichkeit besteht, daß der deutsch-polnische Handelsvertrag auf dem Ermächtigungsweg in Kraft gesetzt werden könnte, ist damit zu rechnen, daß von landwirtschaftlicher Seite gegen den Inhalt dieses Gesetzes in der nächsten Zeit Sturm gelaufen werden wird.

Grundsätzliche Einigung in Rom

Rom, 1. März. Die Agentur Stefani gibt bekannt: In Verfolg der freundschaftlichen und im Geiste herzlicher Zusammenarbeit geführten Besprechungen, die in diesen Tagen zwischen den englischen Ministern Henderson und Alexander einerseits und dem italienischen Regierungschef sowie den Ministern des Auswärtigen und der Marine andererseits stattfanden, wurde eine grundsätzliche Einigung in den auf der Londoner Flottenkonferenz nicht gelösten Fragen erzielt. Die Formel muß noch der französischen Regierung unterbreitet werden, und die Minister Henderson und Alexander reisten zu diesem Zwecke nach Paris ab. Wenn die französische Regierung den Vorschlägen zustimmt, so werden sie den Regierungen der Vereinigten Staaten, Japans, Großbritanniens und der britischen Dominien, die auf der Londoner Konferenz vertreten waren, vorgelegt werden.

Das französisch-italienische Flottenkompromiß

Paris, 1. März. Nach einer in der Morgenpresse veröffentlichten Agenturmeldung aus Rom sollen die Bedingungen des letzten zwischen den englischen und den italienischen Flottenkapitänen verabredeten Flottenkompromisses wie folgt lauten:

1. Frankreich wird gegenüber Italien in der Gesamttonnage eine Ueberlegenheit bewahren.
2. Italien wird in der Kategorie der Torpedobootzerstörer und der leichten Kreuzer eine etwas höhere Tonnage erhalten als Frankreich.
3. Frankreich wird in der Kategorie der U-Boote eine ziemlich beträchtliche Ueberlegenheit gegenüber Italien erhalten.
4. Frankreich darf einige seiner großen Schlachtschiffe modernisieren mit dem Vorbehalt, daß diese für den Dienst zwischen dem Mutterlande und den französischen Kolonien in Uebersee Verwendung finden.
5. Hinsichtlich der 10 000 Tonnens-Kreuzer sollen sich Frankreich und Italien gleichsetzen.
6. In der allgemeinen Kategorie der Hilfschiffe soll Frankreich eine leichte Ueberlegenheit gegenüber Italien erhalten.

Giornale d'Italia zu dem Ergebnis der Flottenverhandlungen

Rom, 1. März. Zu der grundsätzlichen Verständigung zwischen dem englischen Außenminister und der italienischen Regierung über die französisch-italienische Flottenfrage bemerkt Giornale d'Italia die Vereinbarung werde endgültig, sobald die französische Regierung zugestimmt habe, woran nicht zu zweifeln sei. Die letzten Besprechungen in Paris und Rom hätten der Erzielung einer vorläufigen Verständigung zwischen den drei Mächtern bis 1930 gegolten, d. h. bis zum Ablauf des Londoner Flottenabstimmungsabkommens. Aber auch mit diesem provisorischen Charakter komme der Verständigung ganz erhebliche Bedeutung zu, sowohl für die Beziehungen zwischen den drei europäischen Hauptflottenmächten, als auch im Hinblick auf die allgemeinen Probleme des Friedens, der Klärung der politischen Lage in Europa und der Abklärung. Unter selbstständiger Wahrung seiner Interessen habe Italien Entschendendes dazu beigetragen. Das Blatt unterstreicht die persönliche Zusammenarbeit zwischen Makoloni und Henderson und erklärt abschließend, mit den römischen Besprechungen seien England und Italien zu ihrer traditionellen Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit zurückgekehrt.

Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse

Der erste Tag der Leipziger Frühjahrsmesse

Leipzig, 1. März. Der erste Messetag läßt die Zahl der Besucher vielfach kleiner als in früheren Jahren erscheinen, weil es an Schaupublikum diesmal fast gänzlich fehlt. Da etwa 100 Messeamts- und Verwaltungszüge in den normalen Verkehr eingelegt sind, dürfte die Zahl der Messe-



